-Beschlussempfehlungen der beteiligten Fachausschüsse-
12. öffentlichen Sitzung des Kreistages am 07.05.2018

Zu TOP 4 (Vorlage Nr. 0567/2018)	**Nachbesetzung von Positionen in der Sport-, Frauen-, und Schulkommission des Kreisausschusses; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 14. März 2018**

Über den Beschlussantrag in der Vorlage 0567/2018 hinaus soll in der Nachfolge des aus dem Kreistag ausgeschiedenen Dr. Hermann Otto Solms nunmehr als Vertreterin des Kreistages für die FDP-Fraktion die Kreistagsabgeordnete Cornelia Maykemper in die Frauenkommission gewählt werden. Sollten bis zur Kreistagssitzung weitere Kommissionspositionen zur Besetzung anstehen, werden diese unter Tagesordnungspunkt 4 noch ergänzt.

Ergänzung im zweiten Absatz (betreffend die Frauenkommission) als neuen 3. Spiegelstrich

„...

- *in Nachfolge des ausgeschiedenen Herrn Dr. Hermann Otto Solms nunmehr Frau Cornelia Maykemper als Vertreterin des Kreistages für die FDP-Fraktion, ...“*

Zu TOP 5 (Vorlage Nr. 0534/2018)	**Satzungsänderung über die Heranziehung zu einer pauschalierten Kostenbeteiligung bei Kindertagespflege; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 8. Februar 2018**

Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig bei 15 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig bei 15 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen)

Zu TOP 6 (Vorlage Nr. 0488/2017)	**Satzung des Landkreises Gießen über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen im Sinne des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Landesaufnahmegesetzes), hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 14. März 2018**

Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Nach einer Diskussion um eine mögliche Umformulierung des § 2 Absatz 4 des Satzungsentwurfes steht die Vorlage unverändert zur Abstimmung.
	Abstimmung:	Zustimmung (mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (mehrheitlich bei 16 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme)

Zu TOP 7 (Vorlage Nr. 0582/2018)	**Erwerb eines noch zu vermessenden Grundstücksteiles von der Stadt Linden für den Neubau des Ganztagsbereiches der Wiesengrundschule Linden-Leihgestern im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogrammes I; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 19. März 2018**

Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 8 (Vorlage Nr. 0597/2018)	Projektgenehmigung zum Neubau des Ganztagsbereiches der Wiesengrundschule in Linden-Leihgestern; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 21. März 2018

Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Eine Folgekostenberechnung zur Vorlage 0597/2018 wurde vorgelegt.
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 9 (Vorlage Nr. 0607/2018)	Abschluss eines Tauschvertrages zum Grundstückstausch zwischen der Stadt Staufenberg und dem Landkreis Gießen; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 29. März 2018

Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Fraktionsvorsitzender Harald Scherer stellt folgenden Änderungsantrag zur Ergänzung des Beschlussantrages: *„Für das Grundstück Flur 1 225/1 (Waldschule Daubringen) soll dessen künftige Nutzung für sozialen Wohnungsbau in Zusammenhang mit dem Grundstückstausch dinglich gesichert werden."*
	Abstimmung über den Änderungsantrag des Fraktionsvorsitzenden Harald Scherer:	Zustimmung (einstimmig)
	Abstimmung über den dadurch geänderten Hauptantrag:	Zustimmung (einstimmig)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Landrätin Anita Schneider sichert zu, dass die Stabsstelle Recht bis zur Kreistagssitzung eine Formulierung vorlegt, mit der die Verwendung des Grundstückes der Waldschule für eine künftige Nutzung für den Sozialen Wohnungsbau gesichert wird (z.B. durch Rückfallregelung oder Nachzahlungsregelung oder Sanktionsregelung bei Nichtdurchführung).
	Abstimmung:	Keine Abstimmung

Zu TOP 10 (Vorlage Nr. 0600/2018)	Gründung eines Antidiskriminierungsvereins; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 26. März 2018

Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:

Änderungs- oder Verfahrensanträge:

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 30. April 2018 mit folgendem Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

Ziffer 1 bleibt unverändert.

Ziffer 2 des Beschlussantrages zur Vorlage 0600/2018 erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Der Landkreis Gießen unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung."

Es wird eine neue Ziffer 3 eingefügt mit folgendem Wortlaut:

„Ziffer 1. und 2. werden nur dann wirksam, wenn mindestens eine weitere Kommune aus Mittelhessen als Vereinsmitglied die geplante Antidiskriminierungsstelle mitträgt."

Kreistagsabgeordneter Christopher Lipp schlägt für die CDU-Fraktion vor, Ziffer 3 des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu fassen:

„Ziffer 2. wird nur dann wirksam, wenn mindestens eine weitere Kommune aus Mittelhessen als Vereinsmitglied die geplante Antidiskriminierungsstelle mitträgt und eine Zusage für eine IKZ-Förderung des Landes vorliegt."

Kreistagsabgeordneter Dirk Haas erklärt für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW, diesen Vorschlag zu übernehmen.

Abstimmung über den um den Vorschlag der CDU-Fraktion geänderten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW:

Zustimmung (mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über den geänderten Hauptantrag:

Zustimmung (mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung)

Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Fraktionsvorsitzender Claus Spandau trägt vor, dass die Bedingung mit der Zusage für eine IKZ-Förderung problematisch sei und regt an, diese Bedingung zu streichen. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Peter Pilger wird bei Ziffer 3 des zur Abstimmung stehenden ursprünglichen Änderungsantrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW das Wort *„Kommune"* ersetzt durch *„kommunale Gebietskörperschaft"*. Somit hat der zu fassende Beschluss unter Berücksichtigung der nunmehr gültigen Änderungen folgende Fassung: *„Der Kreistag möge beschließen:* *1. Der Landkreis Gießen tritt dem Verein Antidiskriminierung Mittelhessen (e.V.) als Gründungsmitglied bei.* *2. Der Landkreis Gießen unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung.* *3. Ziffer 1. und 2. werden nur dann wirksam, wenn mindestens eine weitere kommunale Gebietskörperschaft aus Mittelhessen als Vereinsmitglied die geplante Antidiskriminierungsstelle mitträgt."*
	Abstimmung über den geänderten Hauptantrag:	Zustimmung (mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen)

Zu TOP 11 (Vorlage Nr. 0609/2018)	**Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Servicebetriebes Landkreis Gießen inklusive der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung für die Geschäftsjahre 2017 bis 2020; hier: Vorlage der Betriebskommission vom 29. März 2018**

Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 12 (Vorlage Nr. 0618/2018)	Berichtsantrag zur Restmüllbeseitigung im Landkreis Gießen; hier: Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 16. April 2018

Die Fraktion Gießener Linke hat am 18. April 2018 ihren Antrag korrigiert. Dieser hat nunmehr die neue Bezeichnung 0618/2018-neu und folgenden Wortlaut im Beschlussantrag:

„Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, im Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie die folgenden Fragen zu beantworten:

1) Welche Restabfallmengen wurden in den Jahren 2016 und 2017 erfasst? Wie entwickeln sich die Mengen im Jahr 2018?

2) Aus dem Zahlensystem des aktuellen Haushalts ergibt sich für das Jahr 2013 und 2014 mit 38.200 bzw. 38.695 t jeweils eine Restmüll-Gesamtmenge, die unter der nach dem bis 2022 gültigen Vertrag mit der Fa. Remondis vorgesehenen Mindestmenge von 39.000 t liegt. Mussten für die Differenzmenge Ausgleichszahlungen geleistet werden?

3) Die Gesamtmenge des Restmüllaufkommens wird von verschiedenen Faktoren bestimmt. Welche Annahmen liegen der Schätzung für die kommenden Jahre zugrunde und mit welchen Mengen wird in den kommenden Jahren gerechnet?

4) Nach dem o.g. Zahlensystem haben sich die Restabfallmengen je Einwohner im Jahr 2013 auf 119, 2014 auf fast 121 und 2015 auf 118 kg belaufen. Sie lagen damit über der angestrebten Menge von 117 kg. Wie haben sich diese Kennziffern in den beiden letzten Jahren entwickelt?

5) Welche Maßnahmen und Strategien werden vom Landkreis verfolgt, um das Restmüllaufkommen zu senken?

6) Wie hat sich das Volumen des Sonderpostens (früher: Gebührenausgleichsrücklage) entwickelt?

7) Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Gestaltung der Gebühren in den kommenden Jahren?

8) Zu welchen Anlagen wurde der Restmüll aus dem Landkreis Gießen seit dem Jahr 2010 bis heute auf Anweisung der Firma Remondis zur Verbrennung transportiert; in welchen Mengen und in welchen Zeiträumen jeweils?“

Die Fraktion Gießener Linke hat am 20. April 2018 ihren

Antrag korrigiert. Dieser hat nunmehr die neue Bezeichnung 0618/2018-neu² und wurde im Beschlussantrag um folgende Ziffer 9 ergänzt:

„9) Gibt es Überlegungen und wenn ja, welche, dass der Landkreis zukünftig – und in welcher Zukunft auch immer – gänzlich auf die Verbrennung von Restmüll verzichtet?"

Zu TOP 13 (Vorlage Nr. 0566/2018-neu)	Resolution zum geplanten Factory Outlet Center in Pohlheim; hier: geänderter Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 8. März 2018, vormals 9. Februar 2018

Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie (am 22. Februar 2018):	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag auch für die Kreistagssitzung am 5. März 2018 zurück.
	Abstimmung:	Keine Abstimmung
Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie (am 26. April 2018):	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am 19. April 2018 ihren Antrag korrigiert. Der neue Antrag vom 8. März 2018 hat nunmehr die neue Bezeichnung 0566/2018-neu, ersetzt den Antrag vom 9. Februar 2018, und folgenden Wortlaut im Beschlussantrag: *„Der Kreistag möge beschließen:* *1. Der Kreistag lehnt die von der Stadt Pohlheim unterstützte Investoren-Planung eines Outlet-Centers in Pohlheim-Garbenteich mit neuer Autobahnanschlussstelle an der A 5 ab. Das Vorhaben widerspricht der geltenden Regionalplanung. Die Ziele einer verträglichen Kreisentwicklung, sowie der angestrebten Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsstrukturen in den Ortskernen und die Vermeidung zusätzlicher verkehrlicher Belastungen sehen wir gefährdet.* *a) Der Kreisausschuss wird daher beauftragt, der Stadt Pohlheim gegenüber die Positionierung des Landkreises zu vermitteln.* *b) Die Vertreter/innen des Landkreises in der Regionalversammlung werden aufgefordert, bei der erforderlichen Beschlussfassung über eine entsprechende Zielabweichung eine Ablehnung des Antrages zu be-*

gründen und auch die Vertreter/innen der Nachbarkreise über die Ablehnungsgründe vorab zu informieren.

2. *Der Kreisausschuss wird beauftragt, die bestehenden Initiativen zur Erhaltung und Förderung der innerörtlichen Versorgungskerne zu unterstützen und zu intensivieren.*
   Dazu gehören z. B. Projekte im Rahmen Gießener Land (Leaderregion) und das Projekt ‚Ab in die Mitte'.

3. *Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Auswirkungen eines Factory Outlet Center in Pohlheim auf die konkreten Ziele im Masterplan Klimaschutz des Landkreises zu untersuchen und darüber zu berichten."*

	Abstimmung über den Antrag 0566/2018-neu:	Zustimmung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung)

Zu TOP 14 (Vorlage Nr. 0616/2018)	**Änderung der Kreistagsgeschäftsordnung; hier: Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FW vom 11. April 2018**

Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine Protokollnotiz: *Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck erklärt, dass die Änderung der Geschäftsordnung erst mit der Beschlussfassung durch den Kreistag wirksam wird und keine Rückwirkung entfaltet.*
	Abstimmung:	Zustimmung (mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Keine
	Abstimmung:	Zustimmung (mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen)

Zu TOP 15 (Vorlage Nr. 0617/2018)	Masterplan Digitalisierung für Schulen im Landkreis Gießen; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22. März 2018

Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:

Änderungs- oder Verfahrensanträge:

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW stellen folgenden Initiativantrag:

„Berichtsantrag zur Digitalisierung der Schulen im Landkreis:

1. *Der Kreisausschuss berichtet über die digitale Anbindung der Schulen im Landkreis.*

   a) Welche Schulen verfügen über welchen Anschluss (Bandbreite, WLAN) ans Internet
   b) Welche Ausbaustrategie verfolgt hier der Landkreis?
   c) An welchen Schulen besteht der größte Nachbesserungsbedarf?

2. *Der Kreisausschuss berichtet über die Fortschreibung des Technologieplans des Landkreises.*
   Hierbei soll getrennt nach Grundschulen, weiterführenden Schulen, Berufsschule sowie Förderschulen auf die vom Landkreis definierten Standards eingegangen werden.

3. *Der Kreisausschuss berichtet über mögliche finanzielle Förderungen von Bund und Land, welche diese Maßnahmen unterstützen können."*

Kreistagsabgeordneter Frederik Bouffier schlägt vor, aus dem Antrag einen gemeinsamen Initiativantrag zu machen. Dafür müsste

a) die Überschrift *(„Berichtsantrag ...")* gestrichen und

b) die Ziffer 3 noch wie folgt ergänzt werden:

   „Sobald Details zum Digitalpakt der Bundesregierung bekannt sind, wird der Kreisausschuss beauftragt, mit den zuständigen Stellen Gespräche zur Umsetzung des Digitalpaktes zu führen."

c) Im Übrigen soll Ziffer 4 des ursprünglichen Hauptantrages mit dem Wortlaut

   „4. In einem weiteren Schritt wird dem Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport und dem Kreistag ein Masterplan Digitalisierung zur Beschlussfassung vorgelegt, der konkret aufzeigt welche Schulen, in welchem Zeitrahmen mit welchen Maß-

nahmen unterstützt werden sollen. Diesem Masterplan ist ein entsprechender Finanzierungsplan anzufügen."

übernommen werden.

Fraktionsvorsitzender Christian Zuckermann erklärt für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW die Bereitschaft für einen gemeinsamen Antrag

- ohne die Überschrift,
- mit den Ziffern 1 und 2 des bisherigen Initiativantrages der Koalition
- sowie die ergänzte Ziffer 3,

spricht sich aber gegen die Ziffer 4 aus.

Daher beantragt er getrennte Abstimmung.

	Abstimmung über den gemeinsamen Initiativantrag mit den Ziffern 1, 2 und 3 (erweitert):	Zustimmung (einstimmig)
	Abstimmung über Ziffer 4 des ursprünglichen Hauptantrages:	Ablehnung (mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 9 Gegenstimmen)
Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Der geänderte gemeinsame Initiativantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FW aus der Sitzung des Kreistagsausschusses für Schule, Bauen und Sport vom Vortag wurde übernommen, aber unter 1 b) am Ende ergänzt um die Worte:

„nach Vorlage des Ausschreibungsergebnisses",

sowie am Ende des ersten Satzes der Ziffer 3 ergänzt um die Worte:

„zum Ausbau der Infrastruktur an den Schulen".

Damit hat die Beschlussempfehlung nunmehr folgenden Wortlaut:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. *Der Kreisausschuss berichtet über die digitale Anbindung der Schulen im Landkreis.*

   a) *Welche Schulen verfügen über welchen Anschluss (Bandbreite, WLAN) ans Internet*

   b) *Welche Ausbaustrategie verfolgt hier der Landkreis nach Vorlage des Ausschreibungsergebnisses?*

   c) *An welchen Schulen besteht der größte Nachbesserungsbedarf?*

2. *Der Kreisausschuss berichtet über die Fortschreibung des Technologieplans des Landkreises.*
Hierbei soll getrennt nach Grundschulen, weiterführenden Schulen, Berufsschule sowie Förderschulen auf die vom Landkreis definierten Standards eingegangen werden.

3. *Der Kreisausschuss berichtet über mögliche finanzielle Förderungen von Bund und Land, welche diese Maßnahmen unterstützen können zum Ausbau der Infrastruktur an den Schulen. Sobald Details zum Digitalpakt der Bundesregierung bekannt sind, wird der Kreisausschuss beauftragt, mit den zuständigen Stellen Gespräche zur Umsetzung des Digitalpaktes zu führen."*

Abstimmung über den geänderten gemeinsamen Initiativantrag mit den Ziffern 1, 2 und 3 (erweitert):	Zustimmung (einstimmig)
Abstimmung über Ziffer 4 des ursprünglichen Hauptantrages:	Ablehnung (mehrheitlich bei 4 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen)

Zu TOP 16 (Vorlage Nr. 0619/2018)	Initiative Jugendsport; hier: Antrag der AfD-Fraktion vom 16. April 2018

Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Fraktionsvorsitzender Günther Semmler beantragt zunächst die Verweisung an die Sportkommission, zieht diesen Antrag aber im weiteren Verlauf der Beratungen wieder zurück.
	Abstimmung:	Ablehnung (mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen)
Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	keine
	Abstimmung:	Ablehnung (mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung)

Zu TOP 17 (Vorlage Nr. 0620/2018)	Resolution zur Situation an der Bundesstraße B 457; hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 16. April 2018

Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Aufgrund von Änderungsanregungen der Ausschussvorsitzenden Anette Henkel (Aufforderung auch an die *Bundesregierung*) und des Fraktionsvorsitzenden Günther Semmler (Benennung von Beispielen zur Umsetzung – *z. B. Einfädelspuren nach dem Vorbild Ausfahrt Bundesautobahn A 45 aus Richtung Hanau in Richtung Berstadt/Hungen an den 3 Kreuzungen [Waldschwimmbad, Bundesautobahn A 5, Ruhberg], das Zurücksetzen der Wegweiser, Blitzer, oder ähnli*ches) ergänzt die antragstellende FDP-Fraktion ihren Antrag, der nunmehr folgenden Wortlaut hat: *„Mit großer Sorge nimmt der Kreistag des Landkreises Gießen die steigende Zahl der Unfälle auf der Bundesstraße B 457 zur Kenntnis.* *Der Kreistag ruft die Bundes- und die Landesregierung sowie Hessen Mobil auf, zügig und mit allen gebotenen Maßnahmen (z. B. Einfädelspuren nach dem Vorbild Ausfahrt Bundesautobahn A 45 aus Richtung Hanau in Richtung Berstadt/Hungen an den 3 Kreuzungen [Waldschwimmbad, Bundesautobahn A 5, Ruhberg], das Zurücksetzen der Wegweiser, Blitzer, oder ähnliches) für mehr Sicherheit auf dieser für die Region wichtigen Straße zu sorgen."*
	Abstimmung über den ergänzten Hauptantrag:	Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 18 (Vorlage Nr. 0542/2018)	Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan für den Doppelhaushalt 2017/2018; Investitionsprogramm für die Jahre 2017 bis 2021; hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 14. Februar 2018

Kreisausschuss:	am 23. April 2018	Haushaltsänderungsliste
Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste vom 23. April 2018. Keine weiteren Haushaltsänderungsanträge
	Abstimmungen (alle unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste des Kreisausschusses vom 23. April 2018):	

	1. Ergebnishaushalt:	Zustimmung (mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen)
	2. Finanzhaushalt:	Zustimmung (mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen)
	3. Investitionsprogramm:	Zustimmung (mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen)
	4. Nachtragshaushaltssatzung:	Zustimmung (mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen)
Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste vom 23. April 2018:
	Abstimmung unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste des Kreisausschusses vom 23. April 2018:	Zustimmung (einstimmig bei 9 Ja-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen)
Kreistagsausschuss für Soziales und Integration:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste vom 23. April 2018: Haushaltsänderungsantrag 0542/2018-1 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 25. April 2018 zur Erhöhung des Mittelansatzes beim Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum) mit folgendem Wortlaut: *„Der Haushaltsansatz für den laufenden Betrieb des ‚Freiwilligenzentrums für Stadt und Landkreis Gießen (FWZ)' wird im Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum) um 6.000 € von 20.600 € auf dann 26.600 € erhöht."*
	Abstimmung über den HHÄA 0542/2018-1:	Zustimmung (mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen)
	Abstimmung unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste des Kreisausschusses vom 23. April 2018 und des beschlossenen Haushaltsänderungsantrages 0542/2018-1:	Zustimmung (einstimmig bei 9 Ja-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen)
Haupt- und Finanzausschuss:	Änderungs- oder Verfahrensanträge:	Unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste vom 23. April 2018: Haushaltsänderungsantrag 0542/2018-1 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW vom 25. April 2018 zur Erhöhung des Mittelansatzes beim Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum) mit folgendem Wortlaut:

„Der Haushaltsansatz für den laufenden Betrieb des ‚Freiwilligenzentrums für Stadt und Landkreis Gießen (FWZ)' wird im Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum) um 6.000 € von 20.600 € auf dann 26.600 € erhöht."

Haushaltsänderungsantrag 0542/2018-2 der CDU-Fraktion vom 2. Mai 2018 zur Erhöhung des Mittelansatzes beim Produkt 54.2.01, Pos. 13 (Unterhaltung von Kreisstraßen) mit folgendem Wortlaut:

„Der Haushaltsansatz im Produkt 54.2.01. Pos. 13 wird um weitere 200.000 € erhöht."

Haushaltsänderungsantrag 0542/2018-3 der CDU-Fraktion vom 2. Mai 2018 zur Erhöhung des Mittelansatzes beim Produkt 11.1.01, Pos. 13 (Politische Willensbildung) mit folgendem Wortlaut:

„Der Haushaltsansatz im Produkt 11.1.01. Pos. 13 wird um 50.000 € erhöht."

Kreistagsabgeordneter Udo Schöffmann ändert den Antrag 0542/2018-3 wie folgt:

„Der Haushaltsansatz im investiven Teil des IT-Haushaltes (Produkt 11.1.03) wird um 10.000 € erhöht."

Abstimmung über den HHÄA 0542/2018-1:	Zustimmung (einstimmig bei 14 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen)
Abstimmung über den HHÄA 0542/2018-2:	Zustimmung (einstimmig bei 16 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung)
Abstimmung über den geänderten HHÄA 0542/2018-3:	Zustimmung (einstimmig)
Abstimmung unter Berücksichtigung der Haushaltsänderungsliste des Kreisausschusses vom 23. April 2018 und des beschlossenen Haushaltsänderungsantrages 0542/2018-1, -2 und -3 (in geänderter Fassung):	Zustimmung (einstimmig bei 9 Ja-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen)

Eg pr E-Mail Tom 20.4.2018, 14 Uhr

Gießener Linke
Erlengasse 3
35390 Gießen
☎ 0641-58776776
kreisfraktion@linkes-giessen.de

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1 - 9

35394 Gießen

Vorlage Nr.: 0618 / 2018-UUI 2

Gießen, den 18. April 2018

Berichtsantrag – Restmüllmengen und -beseitigung

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Funck,

die Fraktion Gießener Linke beantragt, der Kreistag möge folgenden Antrag beschließen:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, im Kreistagsausschuss für Infrastruktur, Umwelt und Energie die folgenden Fragen zu beantworten.

Fragen

1) Welche Restabfallmengen wurden in den Jahren 2016 und 2017 erfasst? Wie entwickeln sich die Mengen im Jahr 2018?

2) Aus dem Zahlensystem des aktuellen Haushalts ergibt sich für das Jahr 2013 und 2014 mit 38.200 bzw. 38.695 t jeweils eine Restmüll-Gesamtmenge, die unter der nach dem bis 2022 gültigen Vertrag mit der Fa. Remondis vorgesehenen Mindestmenge von 39.000 t liegt. Mussten für die Differenzmenge Ausgleichszahlungen geleistet werden?

3) Die Gesamtmenge des Restmüllaufkommens wird von verschiedenen Faktoren bestimmt. Welche Annahmen liegen der Schätzung für die kommenden Jahre zugrunde und mit welchen Mengen wird in den kommenden Jahren gerechnet?

4) Nach dem o.g. Zahlensystem haben sich die Restabfallmengen je Einwohner im Jahr 2013 auf 119, 2014 auf fast 121 und 2015 auf 118 kg belaufen. Sie lagen damit über der angestrebten Menge von 117 kg. Wie haben sich diese Kennziffern in den beiden letzten Jahren entwickelt?

5) Welche Maßnahmen und Strategien werden vom LK verfolgt, um das Restmüllaufkommen zu senken?

6) Wie hat sich das Volumen des Sonderpostens (früher: Gebührenausgleichsrücklage) entwickelt?

7) Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für die Gestaltung der Gebühren in den kommenden Jahren?

8) Zu welchen Anlagen wurde der Restmüll aus dem Landkreis Gießen seit dem Jahr 2010 bis heute auf Anweisung der Firma Remondis zur Verbrennung transportiert; in welchen Mengen und in welchen Zeiträumen jeweils?

9) Gibt es Überlegungen und wenn ja, welche, dass der Landkreis zukünftig - und in welcher Zukunft auch immer - gänzlich auf die Verbrennung von Restmüll verzichtet?

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Hamel
Fraktionsvorsitzender
Gießener Linke

Marcus Link
stellv. Fraktionsvorsitzender
Gießener Linke

Beschluss des Kreistag vom: 7. Mai 2018

Die Vorlage wird - mit Zusatzbeschluss - genehmigt - nicht genehmigt - zurückgestellt

Zur Beglaubigung

Gg per E-Mail am 30.4.2018, 12:46

SPD – Kreistagsfraktion

Kreistagsfraktion

FREIE WÄHLER
Kreistagsfraktion

An den
Vorsitzenden des
Kreistages Gießen
Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9

35394 Gießen

27. April 2018

Änderungsantrag zur KT-Vorlage: 0600/2018

Mit Antrag
auf direkte
Ausschußberatung

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW beantragen, folgende Änderungsantrag zur KT-Vorlage 0600/2018 zu beschließen und bitten, diesen im Kreistagsausschuss für Soziales und Integration zu behandeln.

Der Kreistag möge beschließen:

Ziffer 1 bleibt unverändert.

Ziffer 2 des Beschlussantrages zur Vorlage 0600/2018 erhält folgenden neuen Wortlaut:
„Der Landkreis Gießen unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung."

Es wird eine neue Ziffer 3 eingefügt mit folgendem Wortlaut:
„Ziffer 1. und 2. werden nur dann wirksam, wenn mindestens eine weitere Kommune aus Mittelhessen als Vereinsmitglied die geplante Antidiskriminierungsstelle mitträgt."

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Melanie Haubrich)
Vorsitzende der
SPD-Kreistagsfraktion

(Christian Zuckermann)
Vorsitzender der Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

(Günther Semmler)
Vorsitzender der Kreistagsfraktion
der Freien Wähler

Ug per E-Mail am 25. April 2018 11 47 Uhr

SPD - Kreistagsfraktion

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

FW FREIE WÄHLER Kreistagsfraktion

An den
Vorsitzenden des
Kreistages Gießen
Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9 (Zi. F209)

35390 Gießen

Vorlage Nr.: 0542/2018-1

Mit Antrag auf direkte Ausschußberatung

Gießen, 25.04.2018

Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/18:
Erhöhung des Mittelansatzes beim Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum)

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW beantragen, folgenden Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/18 vorzusehen und bitten, diesen im Ausschuss für Soziales und Integration als auch in der Haupt- und Finanzausschusssitzung zu behandeln.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Haushaltsansatzes für den laufenden Betrieb des „Freiwilligenzentrums für Stadt und Landkreis Gießen (FWZ)" wird im Produkt 33.1.01, Pos. 15 (Freiwilligenzentrum) um 6.000 € von 20.600 € auf dann 26.600 € erhöht.

Begründung:

Das FWZ erhält seit seiner Gründung im Jahr 2008 eine unveränderte Förderung seitens des Landkreises in Höhe von 20.600 € jährlich.

Die Arbeit des FWZ hat sich seit 2008 wesentlich verändert und weiterentwickelt. Neben der Akquise von Fördermitteln leistet das FWZ u.a. hervorragende Arbeit in der Ausbildung von Engagement-Lotsen und bei Beratungen zum Auf- und Ausbau der Infrastruktur zur Förderung ehrenamtlichen Engagements. Vereine und Initiativen im gesamten Landkreis profitieren vom Netzwerk „Engagement und Ehrenamt in Organisationen".

Um diese wichtige Arbeit für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements nachhaltig sicherzustellen, wird die Erhöhung des Haushaltsansatzes als notwendig, sinnvoll und wichtig erachtet.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Melanie Haubrich)
Vorsitzende der
SPD-Kreistagsfraktion

(Christian Zuckermann)
Vorsitzender der Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / Die Grünen

(Günther Semmler)
Vorsitzender der Kreistagsfraktion
der Freien Wähler

Ef pr. E-Mail am 7. Mai 2018, 9⁰⁰ Uhr

CDU KREISTAGSFRAKTION GIESSEN

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

DER VORSITZENDE
Claus Spandau

Konrad-Adenauer-Haus
Spenerweg 8
35394 Gießen

Telefon: 0641/41056
E-Mail: info@cdu-giessen.de

Mit Antrag auf direkte Ausschußberatung

Gießen, 02.05.2018

Vorlage Nr.: 0542/2018 – 2

Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/2018:
Erhöhung des Mittelansatzes im Produkt 54.2.01, Pos. 13 Unterhaltung der Kreisstraßen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die CDU-Kreistagsfraktion stellt folgenden Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/2018 und bittet darum diesen im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Haushaltsansatz im Produkt 54.2.01. Pos. 13 wird um weitere 200.000 € erhöht.

Begründung:

Der Zustand der Kreisstraßen ist als verbesserungswürdig zu sehen. Durch den wechselhaften Winter hat sich dieser Zustand an vielen Stellen noch weiter verschlechtert. Es ist deshalb angebracht hier weitere Mittel zum heutigen Zeitpunkt bereitzustellen um rechtzeitig Abhilfe zu schaffen. Eine kontinuierliche Straßenunterhaltung senkt auf Dauer die Gesamtkosten in diesem Bereich.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

Mit besten Grüßen

Claus Spandau

Eg pr E-Mail vom 2. Mai 2018, 9⁴⁴

CDU KREISTAGSFRAKTION GIESSEN

An den
Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

DER VORSITZENDE
Claus Spandau

Konrad-Adenauer-Haus
Spenerweg 8
35394 Gießen

Telefon: 0641/41056
E-Mail: info@cdu-giessen.de

Mit Antrag auf direkte Ausschußberatung

Gießen, 02.05.2018

Vorlage Nr.: 0542/2018-3

Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/2018:
Erhöhung des Mittelansatzes im Produkt 11.1.01, Pos. 13 Politische Willensbildung

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

die CDU-Kreistagsfraktion stellt folgenden Haushaltsänderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2017/2018 und bittet darum diesen im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Haushaltsansatz im Produkt 11.1.01. Pos. 13 wird um 50.000 € erhöht. *)

Begründung:

Zur Einführung eines papierlosen Gremieninformationssystems mittels einer App werden die erhöhten Mittel benötigt. Einführung App Mandatos 5.000,-€; Anschaffung iPads 45.000,-€.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

Mit besten Grüßen

Claus Spandau

*) jetzt geändert, siehe Beschlussempfehlung